

ASYLSUCHENDE Aktualisiert am 01.12.15, um 05:30 von Tobias Hänni

Dietikon möchte Asylbewerber in IKEA-Häusern unterbringen



Für die Unterbringung von Asylsuchenden möchte Dietikon in einer Industrie- oder Lagerhalle nach Aargauer Vorbild mobile IKEA-Häuschen aufbauen.

Die Stadt kämpft damit, bis im Januar 50 neue Plätze bereitzustellen, um die kantonale Quote von 0,7 Prozent erfüllen zu können. von Tobias Hänni

[Kommentare](#)

Sieben pro 1000 Einwohner: So viele Asylbewerber müssen die Zürcher Gemeinden ab nächstem Jahr aufnehmen. Die Aufnahmequote hat der Kanton Anfang November von 0,5 auf 0,7 Prozent angehoben – weil ihm selber vom Bund mehr Asylsuchende zugewiesen werden. Für Dietikon heisst die Anhebung, dass ab Januar 50 zusätzliche Personen aufgenommen und betreut werden. Das Kontingent der Stadt erhöht sich damit auf rund 180 Asylsuchende. Und es bringt diese bei den Unterkünften an ihre Grenzen.



«Das Übel fängt ja nicht beim Kanton an, sondern auf Bundesebene.» Roger Bachmann Sozialvorstand Dietikon

Quelle: Marcel Koch

So fand unter der Leitung von Sozialvorstand Roger Bachmann (SVP) vergangene Woche eine Koordinationssitzung der Schul-, Sicherheits- und Infrastrukturbteilung sowie der privaten Betreuungsfirma ORS Service AG statt, um eine Lösung für die Unterbringung der neuen Asylsuchenden zu finden. «Die Suche gerade nach langfristigen Unterkünften gestaltet sich nicht zuletzt aufgrund der kurzen Frist als sehr schwierig», sagt Roger Bachmann. Eine definitive Lösung liege derzeit noch nicht vor.

Zivilschutzanlagen nur im Notfall

Was bereits klar ist: Die Stadt selber hat keine freien Liegenschaften. Und Zivilschutzanlagen sollen nur im Notfall verwendet werden, wie Marina Frischknecht, stellvertretende Leiterin der Sozialabteilung, sagt. Der Abteilung schwebt stattdessen die Miete einer Industrie- oder Lagerhalle vor, in der «die Errichtung von mobilen Kleinwohnungen möglich wäre», wie es in einer Mitteilung heisst. Gemeint sind damit IKEA-Häuser, wie sie etwa der Kanton Aargau einsetzt. Auch die Umnutzung von Büro- und Gewerberäumen komme unter Umständen infrage. «In einer Halle können wir kurzfristig eine grosse Anzahl an Asylbewerbern unterbringen», führt Frischknecht aus. Dies sei auch im Hinblick auf eine weitere Erhöhung der Aufnahmequote sinnvoll.

Laut Frischknecht hat die Sozialabteilung bereits bei lokalen Immobilienbesitzern angefragt. Doch bislang gestaltet sich die Suche nach einer passenden Liegenschaft als schwierig. «Die Halle muss gewisse Anforderungen erfüllen», sagt Frischknecht. Sie müsse beheizbar sein und über (minimale) sanitäre Anlagen verfügen. «Diese Kriterien schränken die Auswahl massiv ein», so Frischknecht.

So seien viele Industrie- und Lagerhallen überhaupt nicht beheizt. Parallel zur Suche nach einer Grossunterkunft versucht die Sozialabteilung, anerkannte Flüchtlinge auch bei Privaten unterzubringen. Dafür wird in Kürze ein Info-Blatt der ORS Service AG auf der städtischen Homepage aufgeschaltet. Darin sind die Anforderungen aufgelistet, die ein privater Gastgeber erfüllen muss: Neben einem abschliessbaren, möblierten Zimmer für die Aufnahme einer Einzelperson oder einer kompletten Wohnung für eine Flüchtlingsfamilie wird die Bereitschaft, sich für die Integration der Gäste zu engagieren sowie eine Offenheit «für die Begegnung mit einer eventuell noch fremden Kultur» vorausgesetzt.

Hoffnung in eine Lockerung

Die Chance, dank der Aufschaltung der Infos viele Asylbewerber bei Privaten unterbringen zu können, wird bei der Sozialabteilung als relativ klein eingeschätzt. «Aber wir wollen alle Möglichkeiten nutzen. Und zeigen, dass wir dringend Unterkünfte benötigen», sagt Frischknecht. So hofft die städtische Sozialabteilung auch darauf, dass aufgrund des Aufrufs Private auf leerstehende Wohnungen oder Häuser aufmerksam machen. Ebenfalls Hoffnungen setzt die Sozialabteilung in ein Entgegenkommen des Kantons.

So war die Unterbringung von Asylsuchenden Thema an der kantonalen Sozialkonferenz von vergangener Woche. «Die Gemeinden haben dort gegenüber dem kantonalen Sozialamt und der Sicherheitsdirektion klargemacht, dass sie die kurzfristige Aufnahme vieler Asylsuchender vor eine grosse Herausforderung stellt», sagt Sozialvorstand Bachmann. Mit dem gemeinsamen Hilferuf sei erreicht worden, dass der Kanton eine Lockerung der Auflagen bei den Unterkünften signalisiert habe. «Der Kanton möchte den Gemeinden insofern entgegenkommen, dass gewisse Auflagen nicht vom ersten Tag an erfüllt sein müssen», sagt Bachmann. Damit sollen die Gemeinden künftig eine grössere Auswahl an Unterbringungsmöglichkeiten haben, die sie dann «nachrüsten» können.

An der Sozialkonferenz hatte Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) bereits den Entscheid der Regierung bekannt gegeben, für temporäre Asylunterkünfte die Brandschutzvorschriften zu lockern. «Wir hoffen darauf, dass sich der Kanton bezüglich weiterer Anpassungen unbürokratisch zeigt.» In einer Hinsicht bleibe der Kanton aber wohl steinhart, so Bachmann: «Es gibt keine Ausnahme bei der Erfüllung der Quote. Jede Gemeinde muss ihr Soll erfüllen.» Der Kanton klagt selber über die hohe Auslastung seiner Asylzentren, weshalb Bachmann das strikte Festhalten an den Aufnahmequoten nachvollziehen kann. «Das Übel fängt ja nicht beim Kanton an, sondern auf Bundesebene.» Dort werde zu wenig berücksichtigt, welche Konsequenzen die Entscheide im Asylwesen auf die untergeordneten Ebenen hätten.

(az Limmattaler Zeitung)
